

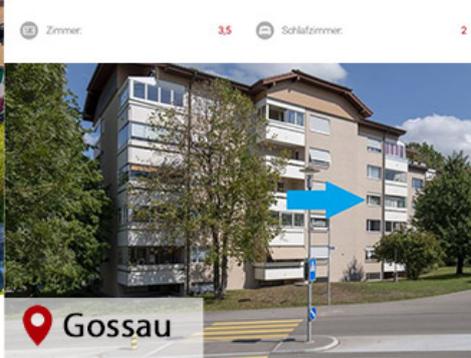
(/oberland)

Ihre Region ▼



(https://zueriost.ch)

Nachrichten (/nachrichten)



Wirtschaft (/wirtschaft)

News (/news)

Neubau ZO (https://www.newsstreetone.ch)

Nach Anfrage regionaler Kantonsräte

## Regierungsrat kritisiert «Black Lives Matter»-Demonstrationen



Beitrag in Merkliste speichern (/flag/flag/np8\_favorites/3209192?)

destination=node/3209192&token=HI9PABDS5uEkTAAirSiurhjmEzTxS8REmD-1ZWY0MQ)

«Gilt die Covid-19-Verordnung nicht für alle?», wollten zwei Kantonsräte aus Illnau-Effretikon und Bubikon wissen. Nun hat der Regierungsrat seine Antwort veröffentlicht. Diese stellt der zuständigen Zürcher Stadträtin kein gutes Zeugnis aus.



Redaktion Züriost

Samstag, 04. Juli 2020, 08:57 Uhr  
(/teamdetail/127545)

(/oberland)

Ihre Region



(https://zueriost.ch)

Nachrichten (/nachrichten)

Top 10 (/meistgeklückt)

Meine Gemeinde (/meinegemeinde)

Unterhaltung (/life/auto)

Mediathek (/mediathek/serien)

Sport (/sport)

Wirtschaft (/wirtschaft)

Neubau ZÜ (https://www.newsstreetone.ch)

Die «Black Lives Matter»-Demonstration in Zürich vom 13. Juni zog über zehntausend Personen an.

Keystone



Über zehntausend Personen fanden am 13. Juni auf Zürichs Strassen zur Anti-Rassismus-Demonstration «Black Lives Matter» zusammen. Insgesamt verliefen die Kundgebungen friedlich, wie die Polizei feststellte. Das Problem: Wegen der Covid-19-Verordnung herrschte damals im ganzen Land ein Versammlungsverbot für mehr als 300 Personen.

Zwei Kantonsräte aus der Region, René Truninger (SVP) aus Illnau-Effretikon und Erich Vontobel (EDU) aus Bubikon haben deshalb zusammen mit Martin Huber (FDP) aus Neftenbach beim Zürcher Regierungsrat eine Anfrage zu diesem Anlass gestellt. «Gilt die Covid-19-Verordnung nicht für alle?», wollten sie wissen. Schliesslich habe man durch «den rigorosen Lockdown» in Kauf genommen, «die Wirtschaft an die Wand zu fahren».

### Kein Interpretationsspielraum

Nun hat der Regierungsrat seine Antwort publiziert. Darin verweist er darauf, dass die Stadt Zürich bei Demonstrationen auf Stadtgebiet zuständig ist. «Diese Kompetenz gilt unverändert, auch im Rahmen der ausserordentlichen Lage, die der Bundesrat festgestellt hatte.» Der Regierungsrat habe keine Kenntnis von der erwähnten Demonstration gehabt.

**«Die Vorgaben waren klar.»**

*Der Regierungsrat in seiner Antwort*



**züriost**

Immer da. Immer nah.

(/oberland)



(https://zueriost.ch)

Die Kantonsregierung betont jedoch, dass sie sich «stets für eine konsequente  
 Lesereporter (Züriost% E2%80%93reporter)  
 Übersicht  
 Umsetzung der Covid-19-Verordnung im Kanton und schweizweit eingesetzt» habe.  
 Das Verbot von Grossveranstaltungen von mehr als 300 Personen habe zu jenem  
 Ihre Region  
 Zeitpunkt uneingeschränkt gegolten. «Sowohl für private als auch politische  
 Kundgebungen, selbst wenn bei Letzteren auf legitime Anliegen aufmerksam gemacht  
 wurde.»

Nachrichten (/nachrichten)

Einen Interpretationsspielraum habe es nicht gegeben: «Die Vorgaben waren klar.»

Top 10 (/meistgeklückt)

Der Regierungsrat erwarte, dass solche Regelungen von den zuständigen  
 Vollzugsorganen im ganzen Kanton angewendet würden. «Um den Eindruck bei der  
 Bevölkerung zu vermeiden, die Behörden würden rechtsungleich und uneinheitlich  
 handeln.»

Meine Gemeinde (/meinegemeinde)

Unterhaltung (/life/auto)

Mediathek (/mediathek)

### Ansteckungen in Kauf genommen

Sport (/sport)

EDU-Kantonsrat Erich Vontobel freut sich, «dass der Regierungsrat schnell und klar

Wirtschaft (/wirtschaft)

Position bezogen hat». Dass diese unbewilligte Demonstration durchgeführt werden  
 konnte, habe viele Leute bewegt. Nachdem der Wolfhauser ein Foto der

Neubau ZO (https://www.newsstreet.ch)

während der Anfrage auf Facebook geteilt hatte, wurde dieses über 50 Mal geteilt.

**Erich Vontobel**  
 Der eidgenössische Ratspräsident

Bubikon, Illnau-Effretikon und Nellenbach, 15. Juni 2020 KR-Nr. /2020

**ANFRAGE** von Erich Vontobel (EDU, Bubikon), René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon) und Martin Hüber (FDP, Nellenbach)

betreffend Gilt die Covid-19-Verordnung nicht für alle?

Am Samstag, 13. Juni 2020 kam es in Zürich zur nicht bewilligten Demonstration 'Black Lives Matter'. Über 10'000 Menschen marschierten ausgehend vom Sechseläusserplatz dicht an dicht durch die City. Und dies, obwohl die Covid-19-Verordnung zurzeit bloss Veranstaltungen von maximal 300 Personen erlaubt. Und dies auch nur bei Vorliegen und Umsetzung eines Schutzkonzeptes. Die Polizei habe gemäss Medienberichten zu Beginn versucht, mit Lautsprecherdurchsagen die Menschen von der Teilnahme abzuhalten. Aber dann habe sie den Umzug toleriert. Der Polizeidirektor des Kantons St. Gallen ist sogar soweit gegangen, dass der die Demos, die am Samstag auch in anderen Städten stattgefunden haben, als hochgefährlich bezeichnet hat.

Um der offenbar enormen Gefahr von Covid-19 entgegen zu treten, wurde landesweit ein rigoroser Lockdown verhängt. Die Vermiedung von Abertausenden von Todesfällen war den Behörden sogar so viel wert, dass sie in Kauf genommen haben, die Wirtschaft an die Wand zu fahren. Mit finanziellen Auswirkungen, die uns wahrscheinlich noch Jahrzehnte belasten werden. Zurzeit wird der Lockdown wieder schrittweise aufgehoben. Vorsichtig, um keine zweite Infektionswelle zu riskieren. Deshalb gilt die eingangs erwähnte Covid-19-Verordnung.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer ist im Kanton Zürich dafür verantwortlich, dass die vom Bund erlassene Covid-19-Verordnung eingehalten wird?
2. Wann hat der Regierungsrat Kenntnis von dieser geplanten Demo erhalten?
3. Was für vorbeugende Massnahmen hat der Regierungsrat getroffen, um die in diesem Fall absehbare Nichteinhaltung der Covid-19-Verordnung zu verhindern?
4. Was für Massnahmen hat der Regierungsrat für den Fall getroffen, dass diese Demo trotz Verbot und trotz absehbarer Nichteinhaltung von Schutzkonzepten dennoch durchgeführt würde?
5. Wenn die Covid-19-Situation tatsächlich so gefährlich ist, wie es uns die Behörden gesagt haben und immer noch sagen, hätte die Zürcher Regierung am letzten Samstag in Kauf genommen, dass viele Schutzmassnahmen aus den vergangenen Wochen und Monaten zunichte gemacht würden. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu?
6. Die Organisatoren der Demo in Zürich hatten keine Bewilligung und haben gegen die Covid-19-Verordnung verossen. Was tut die Regierung, um die Verantwortlichen ausfindig zu machen und sie zur Rechenschaft zu ziehen?

E. Vontobel, René Truninger, Martin Hüber

Gilt die Covid-19-Verordnung nicht für alle?  
 Entweder ist die Corona-Pandemie so verheerend, wie es uns die Behörden immer wieder gesagt haben oder dann ist das alles Fake News. Irgend etwas stimmt nicht. Sonst hätten die Behörden am letzten Samstag nicht zugelassen, dass in Zürich über 10'000 Leute an einer unbewilligten Demo dicht an dicht durch die Strassen gezogen sind.  
 Vor diesem Hintergrund habe ich heute im Zürcher Kantonsrat zusammen mit zwei Kollegen die untenstehend... [Mehr ansehen](#)

75 22 53

Für Vontobel ist klar, dass nun Konsequenzen angezeigt sind. Immerhin habe der Zürcher Stadtrat das Risiko weiterer Corona-Ansteckungen in Kauf genommen. Der Druck auf die zuständige Stadträtin dürfte zunehmen, vermutet er. «Ich kann mir auch vorstellen, dass es noch ein juristisches Nachspiel geben wird.»



(/oberland)

SVP-Kantonsrat René Truninger sieht die Replik als «deutlichen Ruffel an die Adresse der Zürcher Stadtregierung». An der Zürcher Stadträtin und Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart (Grüne) lässt der Effretiker kein gutes Haar. «Da stellt sich mir schon die Frage, ob diese Politikerin das richtige Ressort betreut.»



(https://zueriost.ch)

Nachrichten (/nachrichten)

**«Die Rechtsgleichheit muss wieder gewahrt werden.»**

Top 10 (/meistgeklickt)

**René Truninger, SVP-Kantonsrat aus Illnau-Effretikon**

Meine Gemeinde (/meinegemeinde)

Unterhaltung (/life/auto)

Ob die Geschichte personelle Folgen haben wird, ist noch ausstehend. Die kantonale

Mediathek (/mediathek/sprache)

SVP fordert, falls forderte bereits, dass Karin Rykart die Zuständigkeit über die

Sport (/sport)

Stadtpolizei entzogen werde – zumindest bis dieser Vorfall und ihre Rolle beim Befehl an die Stadtpolizei, die Demonstration nicht aufzulösen, restlos geklärt sei.

Wirtschaft (/wirtschaft)

Für Truninger ist klar: «Die Rechtsgleichheit muss wieder gewahrt werden. Man kann

Neubau ZO (https://www.newsstreetone.ch)

nicht die Wirtschaft lahmlegen, Arbeitnehmer in die Kurzarbeit schicken und andere

Massnahmen treffen, dann aber Demonstrationen einfach tolerieren.»

An diesem Samstag soll unter dem Slogan «Exit Racism Now» erneut in mehreren Schweizer Städten demonstriert werden. Unter anderem auch beim Salzhaus-Parkplatz in Winterthur. Auf dem dazu kursierenden Flyer heisst es: «Unsere Anliegen sind dringend und nicht aufzuschieben, trotzdem möchten wir mit Respekt protestieren und halten uns, so gut es geht, an die Covid-Verhaltensregeln.»

(Jonas Gabrieli / Marco Huber)